

Aussagen der Regierung

Auszug aus Erwiderung der LINKEN auf die Regierungserklärung des Innenministers

„Sie sagen, Neonazis müssen ent-
waffnet werden - da sind wir bei Ihnen
-, Sie sagen, Staatsanwälte und Ermitt-
lungsbeamte müssen zu Fragen rassis-
tischer Gewalttaten, zu Fragen der
Motive zu diesen rassistischen Gewalt-
taten sensibilisiert werden - da sind wir
bei Ihnen - und natürlich wissen Sie
auch um unsere Unterstützung, die
NPD zu verbieten. Aber auch bei die-
sen drei Themen werden wir drängend
bleiben. Wir werden nachfragen in den
nächsten Monaten, wann zu diesen
Fragen auch tatsächlich politisch und
behördlich die eine oder andere Ent-
scheidung fällt und tatsächlich auch eine
Veränderung in Thüringen erfolgt,
wann endlich NPD-Funktionäre legale
Waffen verlieren, wann entsprechende
Fortbildungsmaßnahmen bei Polizei
und Staatsanwaltschaften greifen und
was Thüringen tatsächlich tut, damit
wir bald ein erfolgreiches NPD-Ver-
botsverfahren haben. Und - da wissen
Sie auch um uns und unsere Position -
wir bleiben dabei, wir müssen diskutie-
ren um die Existenzberechtigung eines
Geheimdienstes in einer Demokratie.
Wir müssen diskutieren um die unsägli-
che Extremismuskonzeption, die in Thü-
ringen fatale Folgen für die Fehlent-
wicklungen in den Sicherheitsbehörden
und der herrschenden Innenpolitik
hatte, und zu einer Leerstelle in Ihrer
Regierungserklärung. Bei Ihnen fehlt
der Hinweis auf die Dominanz rassisti-
scher Einstellungen in Thüringen. Bei
Ihnen fehlt ein Wort zu der weiten Ver-
breitung neonazistischer Ideologiever-
satzstücke. Wir kennen doch die De-
batten zum Thüringen-Monitor. Warum
geht hier eigentlich immer ein ungläu-
biges Raunen durch den Saal, wenn die
Zahlen zum Thüringen-Monitor disku-
tiert werden, nachdem die Hälfte der
Thüringer Bevölkerung rassistischen
Aussagen zustimmt. Ich glaube, dieses
Raunen, dieses Nichtakzeptieren die-
ses Problems ist ein Teil der Fragen,

die wir hier auch für uns klären müs-
sen. Wir dürfen diese Problematik der
Einstellungsebene, der weiten Verbrei-
tung rassistischer, antisemitischer und
neonazistischer Einstellungen nicht
mehr verdrängen, sondern wir müssen
diese Herausforderungen annehmen
und hier muss etwas verändert werden.

Hier haben wir in der Politik Hand-
lungsbedarf und bisher habe ich dazu
kein Konzept von Ihnen gehört. Wir hal-
ten es auch für einen analytischen Fehler,
der schließlich auch in unzureichen-
den Konzepten mündet, immer
nur über Straftaten von Neonazis zu
sprechen, und nicht über die zu Grun-
de liegenden weit verbreiteten Vorstel-
lungen der Ungleichheit der Men-
schen. Wir müssen daher streiten über
die Ursachen von Rassismus, Antise-
mitismus und Neonazismus und über
die Stärkung zivilgesellschaftlicher Ge-
genkonzepte. Und da werden wir
streiten über die Neujustierung eines
bisher profillosen Landesprogramms,
in dessen Rahmen selbst ein Geheim-
dienst Veranstaltungen abhält. Das hat
nichts mit Demokratieförderung zu
tun.

Herr Geibert Sie sagen: 'Politik und
Gesellschaft haben die Gefahr des
Rechtsextremismus unterschätzt.'

Dies ist zum einen Teil richtig und zu
einem anderen falsch. Seit Jahren
warnten antifaschistische Initiativen,
Bürgerbündnisse vor den Gefahren, die
aus der Verbreitung neonazistischer
Einstellungen und aus der Verfestigung
neofaschistischer Strukturen erwach-
sen.

Diesen öffentlich immer wieder vor-
getragenen Einschätzungen wurde mit
Beschwichtigungen und Verharmlo-
sungen begegnet. Durch regierungs-
treue Politik wurden die Gefahren nicht
nur unterschätzt, sondern bewusst in
Abrede gestellt und konkrete Fakten,
wahrnehmbarer Erscheinungen ver-



Als gezielte Provokation kritisierten die
Fraktionsvorsitzenden die Anwesen-
heit der NPD im Landtag zur Regie-
rungserklärung. DIE LINKE machte
deutlich, was sie von diesem Besuch hielt.

harmlos. Die erste Anhörung im Un-
tersuchungsausschuss mit Fachleuten
aus der Wissenschaft, aber auch mit
Akteuren aus der Zivilgesellschaft hat
hier genau den Finger in die Wunde ge-
legt. Auch hierzu hätten wir gerne eine
Aussage gehört.“

Die komplette Rede von Martina Ren-
ner, Sprecherin für Innenpolitik und stell-
vertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN,
ist unter <http://bit.ly/MHjwKZ> abrufbar. ■

Operation Renns

Nach Medienberichten
den Jahren 1997 bis 2003
amt und Landesamt für
Sungsschutz sowie der Mi-
Abschirmdienst (MAD) de-
zistischen "Thüringer
schutz" unter massiver
von Spitzeln zum Gegen-
ner geheimdienstlichen
unter Leitung des Bundes
gemacht. Die Innenexp-
Fraktion die LINKE, Mar-
ner, erklärt dazu: „Wir h-
Anfang an den Verdacht
dass neben dem Landes-
weitere Geheimdienste
90er Jahren und später in
tanten Neonaziszene in T-
und ggf. auch Sachsen
ren. Sofern die Informat-
treffen, stellen sich für un-
ne Reihe von dringenden
die umgehend im Unters-
ausschuss und im Innena-
thematisiert werden.“

Es stehe die Frage im
wieweit der THS mit Sp-
durchsetzt war, dass die
dienste eine steuernde Fu-
der Neonaziorganisation
haben, so Renner.

Weiterhin macht die In-
kerin der LINKEN aus ihr
keinen Hehl, dass offenk-
der die Schäfer-Kommis-
Innenausschuss, noch d-
suchungsausschuss bish-
ner derartigen Operatio-
haben. "Ich würde mich n-
dern, wenn selbst die PK-
len Wolken fällt, wenn nu-
ner umfangreichen Gehe-
operation unter Führung
desamt die Rede ist", so

Bürgerprotest

Dass in den letzten Monaten zahl-
reiche Gemeinden eine Satzung für
Straßenausbaubeiträge erlassen ha-
ben, liegt nicht an deren Willen, son-
dern am gesetzlichen Zwang. „Wenn
auf Grundlage dieser Satzungen in
ein bis zwei Jahren eine Flutwelle von
Beitragsforderungen über das Land
schwappt, sind erneute Bürgerprote-
ste vorhersehbar“, sagt der Kommu-
nalpolitiker der Landtagsfraktion DIE
LINKE, Frank Kuschel.

Eine endgültige Lösung zwischen
Land, Kommunen und Bürgern sei
noch nicht gefunden. "Solange das
Land Zwangsmaßnahmen ergreifen
muss, um eine falsche Politik durch-
zusetzen, werden sich die Betroffen-
en weiter zur Wehr setzen", so der
Abgeordnete Kuschel. ■

Verkehrssicherheit

„Die Akzeptanz von lebensgefährli-
chen Unfallrisiken ist noch viel zu
hoch“, sagt die Verkehrspolitiklerin
der LINKEN, Dr. Gudrun Lukin, mit
Blick auf die Tatsache, dass unange-
passte Fahrweise und Trunkenheit zu
den Hauptunfallursachen zählen. Sie
erneuert die Forderungen nach ei-
nem Alkoholverbot für alle motori-
sierten Verkehrsteilnehmer, nach
Tempo 30 in den Wohngebieten und
einem Tempolimit auf den Autobah-
nen. „Gerade die hohe Anzahl an Ver-
kehrstoten zeigt die Notwendigkeit
von mehr Polizeipräsenz und Kontrol-
len im Straßenverkehr. Ebenso wich-
tig ist aber, dass frühzeitige Ver-
kehrserziehung zu einem wichtigen
Bestandteil des Bildungsplanes in Ki-
ta und Schule wird“, so Frau Lukin. ■

Hygieneverordnung

„Die mit Verspätung erarbeitete
Hygieneverordnung beinhaltet im we-
sentlichen unsere Anregungen nach
verbindlicher Festlegung zum Einsatz
von Hygieneärzten in Krankenhäu-
sern und Hygienebeauftragten in
Krankenhausabteilungen“, erklärt
Jörg Kubitzki, Gesundheitspolitiker
der LINKE-Fraktion. Allerdings sei
nicht geklärt, wann und in welcher
Regelmäßigkeit die Gesundheitsäm-
ter die Ergebnisse und Auswertungen
kontrollieren. Des Weiteren werde
nicht deutlich, wie und durch wen die
Berichterstattung hierüber erfolgt.
Fraglich sei auch, ob die bisherige Fi-
nanzierung über den Kommunalen Fi-
nanzausgleich ausreicht, um diese
Aufgabe in den Gesundheitsämtern
zu realisieren. ■

WICHTIGE TERM

Genossenschaftskont

Die Linksfraktion lädt a-
zur Konferenz "Genossen-
- ein Zukunftsmodell soli-
Ökonomie in Stadt und L-
Die Veranstaltung findet i-
ger Landtag (Raum F 1
und beginnt 10 Uhr. Zu
haften Referenten gehört
dolf Hickel.

„Windrad, Tunnel, Dep

Um Bürgerbeteiligung
nungsverfahren geht es
gemeinsamen Veranst-
Fraktionen von DIE LIN-
und BÜNDNIS 90/DIE GR-
Zusammenarbeit mit dem
für „Mehr Demokratie i-
gen“. Die Tagung findet a-
tag, 3. Juli, Landtag, Rau-
von 13 bis 19 Uhr statt.

www.die-linke-thl.de.